

Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels

Radikalisiert und etabliert

Die AfD vor dem Superwahljahr 2024

Kurzfassung der Studie

Frankfurt am Main, im Juli 2023

Auf einen Blick

- Die AfD ist vielschichtig und befindet sich permanent im Wandel.
- Kontinuität findet sich bei der Partei vor allem in ihrer Fähigkeit, zentrale Repräsentationslücken inhaltlich und emotional zu besetzen.
- Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist ambivalent: Einerseits limitiert sie das Spektrum der Ansprechbaren für die Mitarbeit; andererseits stärkt sie die Dominanz rechtsextremer Kräfte in der AfD.
- Die Corona-Krise war kein Mobilisierungsmotor für die AfD, hat aber weiter zu ihrer Radikalisierung beigetragen.
- Die prorussische Haltung der Partei ist nicht nur Wahlkampfaktik, sondern integraler Bestandteil rechtspopulistischer Ideologie.
- Die AfD bleibt ein dynamisches Konstrukt, dessen Entwicklung kaum prognostizierbar ist.

Allgemeiner Kontext zur Studie

Am 6. Februar 2023 feierte die AfD ihr zehnjähriges Bestehen. In dieser Zeit hat sich die Partei zu einer festen Größe im deutschen Parteiensystem entwickelt. Aktuelle Wahlumfragen sehen sie immer häufiger als zweitstärkste Kraft im Bund. In Thüringen, wo die Partei am 25. Juni 2023 ihr erstes Landratsmandat errang, und in Sachsen sogar als stärkste Kraft. Die Entwicklung der Partei war stets von internen Auseinandersetzungen und Führungswechseln geprägt. Sieben verschiedene Vorsitzende hatte die AfD in zehn Jahren, vier davon sind heute nicht mehr Mitglieder der Partei.

Die Partei radikalisierte sich mit jedem Führungswechsel weiter. Eine Abgrenzung zum offenen Rechtsextremismus spielt mittlerweile kaum noch eine Rolle. Das scheint zunehmend auch der Verfassungsschutz so zu sehen. Trotz oder vielleicht auch wegen dieser Entwicklung, steht die AfD in der aktuellen Wählergunst besser da denn je. Vor diesem Hintergrund stellt die Studie die Lage der Partei vor dem ‚Superwahljahr‘ 2024 – mit Land-

tags- und Kommunalwahlen in Ostdeutschland sowie den Wahlen zum Europaparlament – vor.

Ergebnisse

Eine Partei der Metamorphosen

Die AfD stellt sich seit ihrer Gründung als ein heterogenes Konstrukt dar, welches im permanenten Wandel begriffen ist. Die Metamorphosen der Partei lassen sich auf zwei Triebkräfte zurückführen: erstens auf den dauerhaft schwelenden innerparteilichen Konflikt zwischen eher gemäßigten, parlamentsorientierten Kräften auf der einen und radikalen, bewegungsorientierten Akteur:innen auf der anderen Seite; zweitens auf die Strategie der AfD, permanent zentrale Repräsentationslücken zu besetzen, um wahrgenommene Krisen als Agitationsfläche zu nutzen.

Die AfD versteht es wie keine andere Partei, sich selbst als Sprecherin der vermeintlich Nicht-Repräsentierten zu inszenieren. Sie mobilisiert auf der typischen Folie des Populismus: wir, ‚das Volk‘, gegen ‚die da oben‘. In der Euro-Krise vertrat die Partei die Euro-Skeptiker:innen, während der sogenannten Flüchtlingskrise die Ablehnung gegenüber Asylbewerber:innen. In der Corona-Krise frönte man dem Impfskeptizismus und heute inszeniert sich die AfD als Kämpferin für den Frieden und lehnt Waffenlieferungen und westliche Sanktionen gegen Russland scharf ab. Die Partei ist programmatisch flexibel, greift polarisierbare Themen auf, um als Sprachrohr der Enttäuschten und Zornigen zu wirken.

Mit dem Wandel der Partei hat sich auch ihre Wählerschaft verändert. In ihrer Anfangszeit wur-

de die AfD noch von einem Querschnitt der Gesellschaft gewählt. Mittlerweile spricht die Partei vor allem sozial schlechter gestellte Menschen an. Ihre Wähler:innen fühlen sich vom übrigen Parteiensystem nicht mehr repräsentiert, gesellschaftlich abgehängt und vertrauen den demokratischen Institutionen kaum noch.

Die AfD und der Verfassungsschutz

Der öffentliche Diskurs dreht sich seit den ersten Erfolgen der AfD um die Frage, ob die Partei rechtsextrem und damit verfassungsfeindlich ist. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unter Maaßen ignorierte derartige Fragen bis ins Jahr 2018. Mit dem Wechsel der BfV-Präsidenschaft änderte sich dieser Kurs deutlich. Das BfV betrachtet die AfD mittlerweile als rechtsextremen Verdachtsfall, darf also geheimdienstliche Mittel gegen die Partei einsetzen.

Die intensiviertere Beobachtung ist hinsichtlich der rechtsextremen Ausrichtung der AfD allerdings auch ambivalent. Einerseits ist die erhöhte Sensibilität des BfV zum Schutz der deutschen Demokratie notwendig. Andererseits zeigt sich aber auch, dass die Beobachtung durch das BfV die rechtsextremen Kräfte in der AfD eher gestärkt hat. Viele gemäßigte Kräfte haben die Partei inzwischen verlassen. Die radikalen Kräfte in der Partei nutzen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz, um sich als politisch Verfolgte der Regierung zu inszenieren.

Corona und der Ukraine-Krieg

Die AfD lebt wie keine andere Partei von Krisen. Nicht jede Krise brachte der AfD aber im selben Maße Erfolg. Die Corona-Pandemie ließ diesen

Umstand offen zu Tage treten. Die AfD besetzte zwar – nach einem anfänglich eher regierungsnahen Kurs – recht bald wieder eine fundamental-oppositionelle Position, allerdings führte dieser Kurs nicht zum gewünschten elektoralen Ergebnis. Bei der Bundestagswahl 2021 verlor die Partei sogar ein Fünftel ihrer Stimmen.

Die radikalen Kräfte in der Partei profitierten indes von der Pandemie. Mit Jörg Meuthen trat im Zuge der Pandemie der letzte Vertreter eines gemäßigeren Kurses aus der Parteispitze zurück. Die Mehrheit der Bundestagsfraktion ist mittlerweile mit extremen Kräften besetzt. Die Reihen in der AfD scheinen geschlossen. Einen Abgrenzungskurs nach rechts außen gibt es nicht mehr. Die Pandemie war ein maßgeblicher Treiber für diese Entwicklung.

Der deutliche Rechtsruck, der mit dieser Entwicklung einherging, hat der AfD bemerkenswerterweise nicht geschadet. Die Zustimmung für die AfD nimmt in den letzten Monaten in Umfragen konstant zu. Die AfD setzt sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ein, lehnt das Sanktionsregime gegen Russland ab und vertritt offen russische Interessen. Diese Positionen verfangen in den Teilen der Bevölkerung, die der Unterstützung der Ukraine skeptisch gegenüberstehen. So meint fast ein Drittel der Bürger:innen, die Unterstützung der Ukraine mit Waffen gehe zu weit. Entsprechend inszeniert sich die AfD auch in dieser Situation als Stimme der Nicht-Repräsentierten.

Die prorussische Haltung der Partei ist dabei keinesfalls nur Wahlkampfaktik. Vielmehr ist

sie fester Bestandteil ihrer Ideologie. Einerseits sieht man in Russland eine geopolitische Macht, um der verhassten amerikanischen Hegemonie Einhalt zu bieten. Andererseits besteht eine hohe Übereinstimmung mit dem von Vladimir Putin verkörperten illiberalen Gesellschaftsmodell, das auch die AfD anstrebt. Der russische Angriffskrieg nützt der AfD somit in doppelter Hinsicht. Auf der einen Seite sieht man in der Parteinahme für den russischen Imperialismus eine Chance, um sich selbst als geopolitisch denkende Kraft zu inszenieren, die das ‚deutsche Volk‘ schützen will. Auf der anderen Seite erweist sich der Krieg als geeignetes Vehikel, um Wähler:innen zu mobilisieren.

Umgang mit der AfD

Es gibt keine einheitliche Strategie der etablierten Parteien im Umgang mit der AfD im parlamentarischen Geschäft. Und es gibt keinen Konsens darüber, wie mit ihren Wähler:innen umzugehen ist. Ein einheitlicher Umgang mit der AfD in den Parlamenten gestaltet sich schwierig, da die einzelnen Fraktionen der Partei in ihrem Auftreten und ihrer Zusammensetzung weiterhin recht heterogen sind. Auch einen gemeinsamen Umgang mit den Wähler:innen der AfD zu finden, gelingt nur unzureichend. Einerseits macht ihre schiere Zahl ein einfaches Ausgrenzen unmöglich. Andererseits ist davon auszugehen, dass das Ausgrenzen einer in sich heterogenen Bevölkerungsgruppe, die sich bereits nicht repräsentiert und abgehängt fühlt, die Unterstützung für die AfD kaum verringern dürfte. Vielmehr ist davon auszugehen, dass ein solches Vorgehen die Unterstützung für die AfD weiter festigt. Zielführend kann es letztlich nur sein, die Probleme und

Anliegen derjenigen, die sich nicht repräsentiert und abgehängt fühlen, aufzugreifen und mittels demokratischer Politik zu adressieren.

Ausblick

In der Vergangenheit waren die Prognosen stets von einer zutiefst unsicheren Bestandsperspektive der AfD ausgegangen. Angesichts der Entwicklung der Partei nach der Bundestagswahl 2021 muss dieser Punkt revidiert werden. Die AfD hat sich in ihrer Fähigkeit, sich an veränderte Konstellationen anzupassen, als außerordentlich robust und wandlungsfähig gezeigt. Es sind gegenwärtig keine Anzeichen erkennbar, dass die dahinterstehende Mobilisierungslogik zukünftig nicht funktionieren sollte. Allerdings bleibt weiterhin ungewiss, ob und wie weit die rechtsextreme Disposition die Partei behindert oder stärkt. Sicher ist, dass der mittlerweile offene Rechtsextremismus in der AfD kein Hindernis für die Wählbarkeit der Partei darstellt. Somit ist nicht zu erwarten, dass sich die AfD in Zukunft auf einem gemäßigeren Kurs einpendelt.

Über die Autoren

Wolfgang Schroeder ist Professor an der Universität Kassel und seit 2016 Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Sozialpolitik, Gewerkschaften und Rechtspopulismus.



Bernhard Weßels ist Professor an der Humboldt Universität zu Berlin und Forscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Von 2009 bis 2020 war er Ko-Direktor der deutschen Wahlstudie und leitet derzeit das DFG-Projekt „Manifesto Research on Political Representation (MARPOR)“. Fotos: David Ausserhofer



Impressum

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2810, E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de, www.otto-brenner-stiftung.de

Veröffentlicht unter CC BY-NC-SA 4.0-Lizenz.



Mehr Infos sowie die Langfassung der Studie finden Sie auf unserer Website: www.otto-brenner-stiftung.de